Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

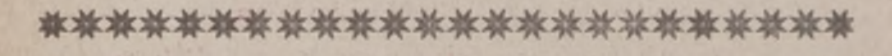
Erscheint am 5., 15. u. 25. jeden Monats.

Heft 79. IX. BAND 5. Dezember 1917

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.



Nr. 79. 5. Dezember 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Die Sicherung im Osten.

Für jeden politisch denkenden Polen ist es begreiflich, dass das deutsche Volk nach solch heroischen Opfern und Grosstaten, deren Zeugen die Kriegsjahre waren, einen Ausgang des Krieges verlangen muss, der an der Ostgrenze volle Sicherheit, Ruhe und gute Beziehungen zu dem russischen Nachbar verbürgt. Die Frage ist nur die, wie diese Sicherungen am besten erreichbar sind.

Die Schaffung eines unabhängigen Staates wäre die erste Voraussetzung der dazu führenden Neuordnung im Osten — das unterliegt heute für jeden sachkundigen Politiker keinem Zweifel. Deutschland und Oesterreich-Ungarn konnten nicht abwarten, bis die Entente-Mächte sich der Polenfrage — wohl einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigsten unter den internationalen Problemen — bemächtigen und auf dem Friedenskongresse daraus Kapital schlagen. Mit ihrer bisherigen Polenpolitik haben die Zentralmächte dies erreicht, dass der wichtigste, weil aktivste Teil der Bevölkerung Polens als seine höchste Behörde einen Regentschaftsrat anerkennt, der im Schreiben an die beiden Kaiser vom 27. Oktober erklärt, dass er „auf Grund des Bandes der gemeinsamen westlichen Kultur mit den beiden Zentralmächten gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Zielen zustreben wird.“ Dem Regentschaftsrate hat sich auch ein grosser Teil der Polen untergeordnet, die in Russland, Frankreich und in Amerika leben. Mit dieser Tatsache muss jeder Friedenskongress rechnen.

Polen hat aber als Staat seine territoriale Form noch nicht erhalten. Mit ihr verbunden ist die Frage Litauens Dies Land bildet jetzt den Knotenpunkt zwischen Polen und Russland und kann zum Ausfallstor von Russland nach Polen, aber auch nach Deutschland werden.

Schon aus diesem Grunde sollte der polnische Staat stark und wehrkräftig sein; sonst wird ja die militärische Entlastung Deutschlands sich wenig verringern. Ein kleines, also wenig leistungsfähiges Polen ist für Deutschland wenig brauchbar; für die Polen würde es aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen einen Herd der Unzufriedenheit bilden, und zwar umso mehr, als jedes polnische Herz für Litauen, wie für seine eigene Heimat schlägt. Ist ja dies Land die Heimat der glücklichsten polnischen Dynastie, grosser Geistesheroen, unzähliger Märtyrer.

Nun erheben auf dies Land auch die Litauer Ansprüche: vor Jahrhunderten gehörte es politisch, wenn auch nur zu kleinem Teil völkisch, zu Litauen; in den nordöstlichen Bezirken ist es heute ethnographisch litauisch

Der beste Ausgang des Streites wäre, wenn das Land polnisch-litauisch verbleibe, wenn auch als besonderer Staat, in dem die Litauer ihre volle Selbständigdigkeit, wie die Ungarn oder Kroaten in ihrer Heimat, bewahren könnten. Wilno wäre dann eine gemeinsame Hauptstadt, beide Sprachen gleichberechtigt. Dieser Ausgang ist umso notwendiger, als nur dem g a n z e n Litauen auch die Weissruthenen, östlich von Wilno, Millionen an der Zahl, angeschlossen werden könnten; sonst würden sie fast in der Luft hängen: die Litauer möchten sie, als numerisch zu starken Faktor, nicht eingliedern, von Polen würden die Weissruthenen fast getrennt bleiben. Die Weissruthenen an Russland zurückgeben, das sie ihres Glaubens beraubte und auf die niedrigste Kulturstufe gebracht hat — wäre eine Versündigung

gegen den elementarsten politischen und kulturellen Verstand.

Im Verband mit Litauen ist Polen wirklich ein Ruhe verbürgender Faktor im Osten; mit Deutschland verbunden. von grossen ökonomischen und kulturellen Aufgaben in Anspruch genommen — ein Friedensstifter auch Russland gegenüber.

Sollten die Litauer in diese Lösung nicht einwilligen, dann besteht kein Grund, ihnen mehr, als ihr ethnographisches Recht beträgt, zu geben. Hunderttausende Polen; die sie verschlingen möchten und die kulturell, wirtschaftlich, politisch ihnen überlegen sind, würden einen Herd der Erschütterungen bilden, der das Land zu einem wirklichen „neuen Balkan" machen würde. Andererseits würde der polnische Staat mit einer Irredenta betreffs Wilno belastet werden, die auch keine friedlichen Aussichten verspricht. Und auf solche Zwistigkeiten lauert immer ein tertius gaudens.

Heute noch ist das Wort „ein neuer Balkan" unberechtigt; es wäre nicht gut, es verwirklichen zu wollen. Die Sicherung gegen den Osten wäre im hohen Grade gefährdet.

Auf den Vorwurf, dass dies noch mehr der Fall wäre bei einem zu starken Polen. gibt die Geschichte eine Antwort.

Von 1815—1830 war Kongresspolen nur durch Personalunion mit Russland verbunden, besass die liberalste Verfassung, hatte ein geordnetes ökonomisches Leben: es fühlte sich aber beengt, unzufrieden — wegen Litauen, es brach ein Aufstand aus — um Litauen. Seit dieser Zeit haben sich die Bande Polens mit Litauen noch gestärkt: durch die grosse polnische Dichtung, durch den gemeinsamen Kampf im Jahre 1863, durch die ökonomische und kulturelle Abwehr der letzten Jahre. Litauen bedeutet für uns in erster Reihe — Wilno, „diese Perle in der Krone Polens" wie General Pfeil die Stadt nach ihrer Befreiung nannte.... Wilno ist für Polen die beste Sicherung gegen den Osten;

stärker als Festungen ist ein in Liebe entbranntes ganzes Volk. . . .

Allerdings hoffen wir, dass ohne den Volkswillen zu befragen, die Frage Wilnos nicht mehr erledigt werden kann.

Somit wird auch die Antwort auf die letzten Bedenken erteilt; was Russland dazu sagen würde? Russland hat das zu sagen, was die Selbstbestimmung des Volkes festsetzt. Die deutsche Politik soll schliesslich berücksichtigen, dass nach dem Anschlusse Wilnos an Polen — zwischen dem mit Deutschland verbündeten Polen und Russland kein Zankapfel mehr vorhanden wäre: die Beziehungen der Zentralmächte zu Russland könnten somit ungetrübt fortgesetzt werden. Sollte es nicht der Fall sein, sollte Russland auf Weissruthenien-Litauen nicht verzichten, so ist es der beste Beweis, dass die russischen Expansionsgelüste nicht ausgemerzt sind: desto mehr Grund wäre vorhanden, an dieser Grenze eine polnische Wacht aufzustellen. . . .

Vorbereitungen zur Selbstbestimmung.

„Was die Zukunft von Polen, Kurland und Livland angeht, so können wir sie dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen. Wir erwarten, dass sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht."

Diese historischen Worte des siebenten, hoffen wir: des Friedenskanzlers Deutschlands, bringen uns nicht nur einem Ideale, sondern auch einer ganz praktischen Politik nahe, ja der einzig praktischen, die zum freiwilligen Anschlusse Polens an Mitteleuropa führen muss.

Letzteres unterlag für uns seit jeher keinem Zweifel — jetzt kommt die Zeit, die grössten Anstrengungen zu unternehmen, um für diese Politik die breitesten

Volksmassen in der Heimat und in der Emigration zu gewinnen.

Wie? wird mancher Leser fragen Ist es denn noch notwendig? Sind die Massen von der Ueberlegenheit dieses Programmes noch nicht überzeugt — nach den Akten vom 5. November und 12. September?

Ja — müssen wir antworten. Die grossen Massen brauchen in dieser Angelegenheit, wie die Massen in der ganzen Welt. Aufklärung. Aus einem einfachen Grunde. Die grossen Massen kennen die denkwürdigen Manifeste nur als Schriftstücke; in der Wirklichkeit ist nicht zu vergessen, dass in Polen nur zwei Verwaltungszweige: das Schul- und Justizwesen, sich in polnischen Händen befinden, und zwar nicht in ganz Polen, ja, nicht im ganzen Lande sind die Akte vom 5. November und 12. September proklamiert worden; ausgeschlossen sind bis jetzt das Gouvernement Suwalki und das sogenannte Etappengebiet; bis zum Kriegsausbruch ein Teil Polens, sind sie gegenwärtig aus dem bisherigen staatsrechtlichen Verbande ausgeschaltet worden.

— Wiederum polnische Beschwerden, polnische Postulate! hören wir im Geiste die ungeduldigen Worte manchen Lesers Darauf unsere Antwort:

— Es gibt zweierlei Beschwerden. Manche verfolgen den Zweck, die Gemüter aufzuregen, Unzufriedenheit und Erbitterung zu schüren; es existiert aber auch eine reformatorische, aufbauende, schöpferische Kritik, die im gegebenen Falle umso notwendiger ist, da sonst das Werk der Selbstbestimmung unnötigerweise erschwert wird. Ja, wir gehen weiter. Nur im Interesse unseres gemeinsamen Feindes liegt das Aufhören der Kritik und mit ihr des Reformwerkes: dann würde sich unter der Bevölkerung eine grosse Menge von Erbitterung und Unwillen ansammeln — wovon nur ein tertius gaudens profitieren könnte. Denjenigen aber, die Anhänger des Anschlusses Polens an die Mittelmächte sind, muss es doppelt daran gelegen sein,

die Ueberreste des alten Regierungssystems in Polen zu beseitigen und die Selbstbestimmung des Landes im erwünschten Sinne vorzubereiten

Dazu ist jetzt schon die höchste Zeit. Wir sind nicht Optimisten von Beruf, früher aber oder später wird zur Ausübung der Selbstbestimmung des Volkes geschritten werden und wir möchten das von uns erwünschte Ergebnis, als Willen des ganzen Landes, der breitesten Volksschichten, der Welt verkünden.

Das ist aber nicht leicht; der schlichte Mann muss die Lage nach den Erfahrungen in seinen Interessenkreise beurteilen. Und was sieht er in Polen: Wie gesagt: dass im selbständigen, oder — wie wir sagen — im unabhängigen Polenreiche nur zwei Verwaltungsapparate den Polen übergeben wurden und dass von dieser Wohltat auch ein grosser Teil urpolnischen Landes ausgeschlossen wurde.

Er sieht ferner den Ruin der einst so blühenden einheimischen Industrie. Während in Deutschland immense Arbeit vorhanden ist, der nicht genug Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, sehen wir in Polen eine ganz entgegengesetzte Erscheinung: hunderttausende Arbeiter, die vergebens ihr tägliches Brot suchen, weil ihnen die Arbeitsmöglichkeit fehlt. Und es gibt doch vielfache Modalitäten, diese Divergenz auszugleichen, die ganz bestimmt nicht nur für Polen, sondern auch für die Zentralmächte zur Befriedigung des Handelsmarktes dienen müssten.

Der schlichte Mann wird die Behandlung der Armeefrage nicht begreifen. Es sind auf diesem Gebiete polnischerseits Fehler begangen worden, wer polnische Zeitungen liest, der sieht, dass die Organe der Aktivisten ihren Lesern ganz derbe verba veritatis sagen. Aber nicht nur die Polen haben Missgriffe gemacht. Jetzt heisst es, von der Vergangenheit zu lernen, die Legionen dem Lande wiedergeben, dem nationale Banner — denn das wird das zuverlässigste sein — zu seinem Rechte zu verhelfen.

Wir sind weit entfernt, hier ein Reformprojekt, das zum gänzlichen Aufbau der polnischen Staatlichkeit unumgänglich notwendig ist, zu formulieren. Dazu ist die polnische Regierung berufen, die in der nächsten Zeit ihr Arbeitsprogramm aufstellen wird. Wir möchten nur die deutsche Oeffentlichkeit auf die Folgen der Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers und des Reichstages, auf die Folgen der die ganze Welt erfüllenden Losung der Selbstbestimmung aufmerksam machen. Diese Folgen hat Abg. Dr. David im Hauptauschusse in die kurzen Worte gefasst: „Die polnische Frage muss so gelöst werden, dass die Polen damit zufrieden sind". Diese Zufriedenheit lässt sich aber nicht auf Befehl improvisieren; sie muss sorgfältig vorbereitet werden.

In Verbindung mit dieser Frage steht die Haltung eines nicht geringen Teiles der deutschen Presse.

Es gibt Leute und Presseorgane, die die letzten Jahre — trotz des Kanonendonners und der Welterschütterung — verschlafen haben. Für sie hat sich betreffs Polen nichts geändert. Sie behandeln immer das polnische Volk vom Gesichtspunkte der grossen Politiker aus einem Krähwinkel in der Ostmark, sie speien immer Gift und Hass auf alles, was polnisch ist. Nach den Proklamationen zweier Kaiser, unter Beifall sämtlicher neutralen Länder, unter Wutausbrüchen und Konkurrenzbemühungen des Feindes, ist ein polnischer Staat entstanden; diese Biedermänner haben aber für diesen Staat und alles, was sein ist, Spott und Verachtung. Wir beklagen uns nicht: wir sind auf unsere Rechnung gekommen, als wir schwach und schutzlos waren; desto mehr werden wir jetzt durchhalten. Das soll aber gesagt werden, dass dieser Teil der deutschen Oeffentlichkeit zu einem so einmütigen und durchschlagenden Erfolg des Selbstbestimmungsrechtes, wie wir ihn wünschen, gewiss nicht beiträgt.

Und wenn von den Presseorganen die Rede ist — eine zweite Bemerkung: Es handelt sich um das Schicksal der Presse in Polen.

Während in Deutschland auf dem rein politischen Gebiete eine weitgehende Wortfreiheit herrscht, haben sich die diesbezüglichen Verhältnisse in Polen wenig geändert. Es genügt zu sagen, dass, als manche Politiker in der Berliner Presse die Rückgabe Polens an Russland propagierten, die polnische Presse in Warschau nicht in der Lage war, gegen diese Idee Stellung zu nehmen. Die polnischen Leser konnten somit nicht aufgeklärt werden, während beim deutschen Publikum der Verdacht lebendig wurde: all diese Polen müssten doch Russenfreunde sein, da sie gegen die Rückkehr unter die Fittiche des russischen Adlers nicht protestieren.

Oder das letzte Beispiel. Gegen den 10. November hat die ganze Welt die Idee der sogen. austrophilen Lösung der Polenfrage diskutiert; nur die Warschauer Presse sollte sich in dieser Angelegenheit gründlich — ausschweigen. Zur Klärung der Gesinnungen führt eine solche Politik nicht.

Doch das sind noch nicht alle Hauptschwierigkeiten, die einem Akte der Selbstbestimmung Hindernisse bereiten werden. Die Polen als kulturelle und nationale Gesamtheit sind nicht nur um Warschau und Lublin zu suchen. Das Recht, sich in nationalem Geiste auszuleben, ist unter sämtlichen Polen lebendig; was auf diesem Gebiete geschieht oder nicht geschieht, übt seine Wirkung auf die Gemüter des Polentums in der ganzen Welt aus. Das ist ein nicht zu unterschätzender Faktor sogar in der Weltpolitik. . . .

Auch in Litauen ist die Lage des Polentums bedauernswert. In den letzten Debatten des Hauptausschusses wurde auf manche Zustände in Litauen ein grelles Licht geworfen; wir wissen nicht, inwiefern auch die polnischen Zustände in diesem Lande, das so gut polnisch wie litauisch ist, geschildert wurden. Die wirtschaftlichen Mängel betreffen dort sowohl Polen wie Litauer; die kulturellen — am meisten die Polen. Wo ist die polnische Presse, die in Wilno vor dem Kriege geblüht

hat? Nur ein einziges Blättchen ist von dem Dutzend Presseorganen geblieben. Wo sind die kulturellen, wissenschaftlichen und nationalen Vereine, die vor dem Kriege im Sinne des westlichen Gedankens, dem byzantinischen gegenüber. gewirkt haben? Verschwunden sind sie von der Oberfläche. Der Geist der polnischen Kultur, der einzigen hier lebendigen. scheint in Wilno sehr unbequem zu sein; es wurde versucht, einen weissruthenischen hervorzuzaubern, was natürlich nicht gelingen konnte; jetzt wird mit einem litauischen experimentiert. Wir wünschen den Litauern Glück; sie mögen soviel Schulen, Korporationen und Zeitschriften haben, wieviel sie nur aus ihren Mitteln bezahlen können Das ist aber kein Grund. die polnische Kultur in gar unsanfter Weise beseitigen zu wollen.

Es wird übrigens nicht gelingen, wie es schon manchem Vorgänger dieses Systems nicht gelang. Die Versuche allein sind aber kein friedestiftender Faktor. Die Polen in Warschau fühlen sich mit ihren Brüdern in Wilno eins; jedes Attentat auf die polnische Kultur, wo es nur stattfindet, wird von jedem Polen in der ganzen Welt wie ein Schlag empfunden. Und überhaupt ist das Schicksal des Selbstbestimmungsrechtes in Polen sehr eng mit dem Schicksal in Litauen verbunden. Dies Band hat ein halbes Jahrtausend gemeinsamer Geschichte gewebt; leichten Herzens darf es von niemandem zerrissen werden.

Schliesslich noch ein Wort über das ausländische Polentum. Die Gesinuung der Millionen Polen in Russland, Amerika etc. wird auf die Gestaltung der polnischen Meinungen gewiss nicht ohne Einfluss sein, und wenn nichi positiv, entscheidend, so kann sie hindernd in dem Zeitpunkte sein, wo die Polenfrage in ihr letztes Stadium, nämlich vor das Forum eines Friedenskongresses treten wird. Die österreichisch-ungarischen Staatsmänner haben sie auf dies Forum mit starker Betonung hingewiesen.

Es muss also rechtzeitig auf die Gesinnung der polnischen Emigration eingewirkt werden. Zum Glück besitzt letztere bereits gewichtige Elemente, deren Ueberzeugung sich dahin äussert, dass sie sich den nationalen Behörden der Heimat in loyalster Weise unterordnen. Diese Parteien werden an politischer Macht zunehmen, je zufriedener, freiheitlicher, mehr national das Vaterland sich entwickeln wird.

Wie ist es aber möglich, diese Emigration über die Fortschritte und den Willen des Landes aufzuklären? Sind doch die Leute grösstenteils auf die Ententelügen angewiesen! Wie kann man der Wahrheit zum Siege verhelfen — die Intrigen der Entente durchkreuzen — die Stimmung des Polentums, aber auch der Neutralen entsprechend beeinflussen? Dazu gehören zuständige Organe der polnischen Regierung zu Warschau: diplomatische Vertretungen bei den Verbündeten und bei den Neutralen.

Als dieser Gedanke auftauchte, wurde er von einigen deutschen Blättern mil dem geistreichen „Witz" glossiert, die Polen würden gar verlangen, bald einen Vertreter in Paris oder in London zu besitzen! Die guten Leute scheinen wohl nicht zu wissen oder nicht wissen zu wollen, dass solche polnische Vertretungen in Paris und in London, in der Schweiz und in Skandinavien bereits bestehen, nur werden sie von ententefreundlichen, über grosse Barmittel verfügenden Cliquen geleitet. Ihre Tätigkeit ist für uns, aber auch für die Zentralmächte nicht sehr angenehm. Wie kann sie aber paralysiert werden, andererseits wie können die ihnen unterstehenden Polen eines besseren belehrt werden, wenn Organe fehlen, die gut polnisch, aber in Verbindung mit Warschau, also unter Kontrolle der Zentralmächte, arbeiten? Diese Angelegenheiten sollten bestimmt erledigt werden, bevor das Recht der Selbstbestimmung in Angriff genommen und die damit verbundene Stimmung des Auslandes entsprechend präpariert wird. . . .

Ein organisches Ganzes ist die Polenfrage, in diesem Sinne muss sie auch behandelt werden. Umso vielseitiger und durchgreifender, als wir ja alle hoffen, dass wir doch dem Frieden entgegengehen. Und sollte dies sich nur teilweise oder gar nicht bewahrheiten, desto mehr Grund werden die Zentralmächte haben, die Polenfrage zu erledigen, um einen treuen, kräftigen Verbündeten an ihrer Seite zu haben. Nach deu letzten Erklärungen der leitenden Staatsmänner in Berlin und in Wien kam dies nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes geschehen. Für Polen naht eine grosse, schicksalsschwere Stunde, aber auch für die gegenwärtigen Beherrscher und morgigen Verbündeten des Landes Es müssen also die moralischen und politischen Vorbereitungen getroffen werden, damit der historische Selbstbestimmungsakt von deu breitesten Volksmassen mit einem günstigsten, durchschlagenden Erfolge vorgenommen wird.

Die Bolschewiki und die Polen.

Petersburger Brief.

Kopenhagen, 20. November 1917.

Die gewaltige Umwälzung, deren Schauplatz Russland jetzt ist. übt auf die Gemüter der in Russland weilenden Polen einen ungeheuren Einfluss aus, umsomehr, als die massgebenden Faktoren der neuen Revolution sowohl prinzipiell wie persönlich sehr nahe Beziehungen zu Polen unterhalten haben und unterhalten.

Lenin oder Uljanow, wie sein wirklicher Name lautet, lebte vor dem Kriege ein Jahr lang in Krakau,redigierte dort seine in Petersburg erscheinende „Prawda“ und wirkte von hier aus im Sinne seiner schon damals ganz kristallisierten Ideale. Er trat zum polnischen Geistesleben in nähere Beziehungen und knüpfte mit den Vertretern des politischen und

geistigen Polens Verbindungen an. Der Ausbruch des Weltkrieges fand ihn in Chabówka bei Zakopane, wo er auf Sommerwohnung weilte. Lenin-Uljanow wurde zunächst in Sicherheitshaft genommen, aber gleich darauf freigelassen, weil die polnischen Reichsratsabgeordneten Tetmajer und Daszyński sich für ihn verbürgten. Infolge der Bemühungen der beiden Letzteren gestattete ihm die österreichische Regierung freie Reise nach der Schweiz, wo er sich bis zum Ausbruch der russischen Revolution im März ds. Js. aufgehalten hat.

Trotzki stammt aus Berdyczów in Podolien und steht gleichfalls mit polnischen Kreisen seit seiner Jugend schon in Verbindung.

Der Fähnrich Nikolaj Kryłenko, den die neue Regierung an Duchonins Stelle zum Generalissimus ernannt hat, stammt aus Lublin, wo sein Vater Beamter der staatlichen Akciseverwaltung war. Der Vater Kryłenko konnte nicht höher avancieren, weil er sich durch seine liberale Gesinnung und Zuneigung zum polnischen Element bei den Machthabern missliebig gemacht hat. Die ganze Familie Kryłenko war überhaupt in ganz Lublin und auch anderwärts wegen ihrer polnischen Sympathien bekannt. Der jüngere Bruder des heutigen Generalissimus, Wladimir Kryłenko, war der einzige Nationalrusse im Lubliner Gymnasium, der sich zur Zeit der polnischen Schulstreike 1905 mit den Polen solidarisch erklärt hat und deshalb später das Lubliner Gymnasium verlassen musste. Der Generalissimus selbst, Nikolaj Kryłenko, absolvierte das Lubliner Gymnasium im Jahre 1902 als Eliteschüler mit der goldenen Medaille. Er studierte dann an der Petersburger Universität und nahm dort an der Revolution im Jahre 1905 hervorragenden Anteil. Er war bekannt als einer der fähigsten sozialistischen Agitatoren unter dem Parteinahmen „Genosse Abraham“. Ein ausgezeichneter Redner, von grossen Geistesgaben, sehr energisch und seinen Idealen fanatisch ergeben, nahm er schon da-

mals in den Reihen der Revolutionäre eine massgebende Stellung ein, trotz seiner Jugend Er war schon von Anfang an als deklarierter Anhänger der Leninschen Richtung bekannt. Kryłenko wurde unzählige Male verhaftet und schliesslich aus Petersburg ausgewiesen. Er studierte aber weiter und reiste zu den Prüfungen im Geheimen zweimal im Jahre nach Petersburg. In dieser Zeit besuchte er auch kurze Zeit die Universität in Krakau Schliesslich absolvierte Kryłenko die historische und später auch die juristische Fakultät. Zur Rechtsanwaltspraxis wurde er aber nicht zugelassen, weil die Polizei ihm kein Attest der politischen Unbescholtenheit ausstellen wollte Er liess sich daher in der Nähe seiner Familie in Lublin nieder und wurde Lehrer der russischen Sprache und der Geschichte an privaten polnischen Schulen. In diese Zeit fällt der Krakauer Aufenthalt Lenin-Uljanows. Um mit dem Letzteren in ständiger Verbindung zu bleiben, verlegte Kryłenko seinen Wohnsitz nach Sosnowice, wo er wieder Lehrer an polnischen Schulen war. Schliesslich erfuhren die russischen Behörden von der revolutionären Vergangenheit Kryłenkos und verboten ihm jede Lehrtätigkeit Kryłenko entschloss sich dann, seiner Militärpflicht zu genügen. Unmittelbar vor Kriegsausbruch lief sein Dienstjahr ab, Kryłenko reiste nach dem Auslande und blieb dann während des ganzen Weltkrieges in ständigem Kontakt mit Lenin. Auf welche Weise er jetzt nach Russland gekommen ist, ist noch nicht bekannt.

Der Ausbruch der neuen russischen Revolution findet die Polen in Russland in drei Organisationen zerfallen: die national-demokratische, die fortschrittlich-demokratische, die bisher mit den Kadetten zusammenging, und eine kleine Gruppe von Sozialdemokraten, die immer mit den Maximalisten Kontakt unterhielt. Sie war bis vor kurzem nur schwach und einflusslos, durch die neue Revolution wurde sie an die Oberfläche gebracht und wir dürfen vielleicht bald Näheres über ihr Wirken und Hervortreten hören.

In meinem letzten Briefe habe ich berichtet, dass Lednicki von seinem Amte eines Vorsitzenden der Liquidationskommission für polnische Angelegenheiten durch Trotzki abgesetzt worden sei. Nach den letzten Telegrammen aus Petersburg, beruhte meine frühere Information auf einen Irrtum. Lednicki versieht sein Amt weiter; es ist nicht richtig, dass an seine Stelle der sozialistische Rechtsanwalt Kozłowski ernannt worden sei. Die neue Regierung hat lediglich die Absicht ausgesprochen, die Liquidationskommission im demokratischen Sinne auszugestalten.

Die nationale Geschlossenheit des polnischen Elementes in Russland hat es mit sich gebracht, dass in der gegenwärtigen Zeit der Auflösung der alten Einrichtungen und des Entstehens neuer, die polnischen Verbände innerhalb des russischen Heeres die zuverlässigsten und am besten disziplinierten sind. Sie werden fortgesetzt eingefordert zur Bewachung der fremden Gesandschaften, Banken, öffentlicher Gebäude usw. Charakteristisch hierfür ist eine Bekanntmachung, die ich im Petersburger „Dziennik Narodowy“ vom 10. November gefunden habe:

„Die Gesandschaften, verschiedene öffentliche und private Körperschaften wenden sich fortgesetzt an mich und bitten um Stellung einer Wache zum Schutz der Wohnungen vor ev. Ueberfällen, Gewalttätigkeiten usw., die in der heutigen Zeit trotz der von der Regierung angeordneten Vorbeugungsmassregeln von Seiten einzelner verbrecherischen Elemente immer noch vorkommen könnten. Ueber die Sicherheit der polnischen Institutionen wird gewacht. seit einer Woche schon sind Posten ausgestellt. Aber bei jedem Hause können wir keine Posten hinstellen. Bei Gefahr bitten wir daher sich telephonisch an den wachthabenden Offizier zu wenden, der nach Möglichkeit Schutz und Hilfe angedeihen lassen wird. Der Kommandant des Obersten Polnischen Militärkomitees Leutenant A. Skobejko.“

Um diese ganze Aktion einheitlich zu organisieren, haben die polnischen Parteien in Petersburg in ihrer Versammlung am 10. November einen „Polnischen Sicherheitsrat“ geschaffen, der dann einen Aufruf an die polnische Bevölkerung herausgegeben und den grösstmöglichsten Schutz zugesichert hat.

Einige Tage darauf sind auch die im Petersburger Militärverband organisierten Angehörigen der russischen Armee polnischer Nationalität zusammengekommen und haben über die aktuellen Gegenwartsfragen beraten. Es wurde beschlossen, an dem Dienst in dem Polnischen Sicherheitsrat teilzunehmen und alle im Besitz befindlichen militärischen und Zivilkräfte zur Bewachung unserer sozialen und nationalen Institutionen zu verwenden. Von den russischen politischen Angelegenheiten haben sich die Polen vollständig fernzuhalten.

In der Diskussion trat ein Redner dafür ein, dass die Polen sich entweder in besonderen Abteilungen innerhalb der russischen Armee zusammenschliessen oder dass sie ganz aus der russischen Armee austreten sollen. Ein anderer Redner meinte, dass die Situatton der Polen früher, wo nur der Kampf mit dem Zarismus in Frage kam, deutlicher war. Jetzt haben sich so viele russische Fronten gebildet, dass es zwecklos wäre, zu verlangen, dass noch polnisches Blut für irgendwelche Interessen der Menschewiki oder Bolschewiki oder einer Armee Czernow vergossen werden soll. Die Polen sollen sich von der russischen Armee absondern. Weitere Redner forderten, dass die Frage der polnischen Staatsbürgerschaft schleunigst verwirklicht werden möge, weil dadurch von selbst die Pflicht, in der russischen Armee verbleiben zu müssen, fortfalle. Schliesslich einigte man sich auf eine Resolution, in der die Notwendigkeit der Unterstützung der russischen Revolution und ihrer Bemühungen zur Herbeiführung eines demokraiischen Friedens betont wurde und die mit grosser Stimmenmehrheit angenommen wurde.

Eine Delegation der polnischen Militärangehörigen der Garnison Gatschina bei Petersburg verlas folgende Erklärung:

„Die Generalversammlung aller Mitglieder des Militärverbandes Gatschina erklärt, dass sie den weiteren Dienst in den Reihen der russischen Armee für zwecklos hält, weil die inneren Kämpfe der russischen Parteien in Sachen der Innerorganisation Russlands für uns Polen gleichgültig sind; wir erachten die Entlassung aus der russischen Armee für notwendig".

Lector.

Um den königlich-polnischen Ministerpräsidenten.

Die Person des ersten Ministerpräsidenten des Königreichs Polen steht im Mittelpunkte aller politischen Betrachtungen in und betreffs Polen. Mit dem Vertrauen des Regentschaftsrates ausgestattet, von beiden Besatzungsmächten bestätigt, von dem Kanzler des Deutschen Reiches und dem Auswärtsminister Oesterreich-Ungarns freundlichst begrüsst, betritt Herr v. Kucharzewski sein hohes und verantwortungsvolles Amt unter ungewöhnlich schwierigen Umständen. Die Schaffung des *ersten* Kabinetts, soll es lebensfähig sein, ist bedeutend schwieriger als die Uebernahme der bereits im Gange befindlichen Geschäfte.

Ueber sein Programm und seine Taktik hat sich der Ministerpräsident mehrfach zu deutschen und polnischen Journalisten geäussert. Der Unterredung mit dem Gewährsmann des Lokal-Anzeigers (Vgl. Poln. Bl. Nr. 78) folgte ein Interview mit einem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung". Wir entnehmen derselben folgendes:

Wie aus meinem Leben hervorgeht, — sagte von *Kucharzewski* — bin ich durchaus für *aktive Politik*, obwohl ich nicht sämtliche Methoden des bisherigen polnischen Aktivismus teile. Das Wichtigste

habe ich aber mit ihnen gemeinsam, nämlich den Willen zum baldmöglichsten Schaffen einer auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildeten polnischen nationalen Armee. Die Herren, die den Regentschaftsrat bilden, sind auch dazu entschlossen, und so bin ich der festen Ueberzeugung, dass diese für uns wichtige Frage baldigst in praktischer Weise gelöst werden wird."

„Und wie stellen Sie sich zu denjenigen Elementen, die im Ausland eine polnische Regierung oder sogar eine polnische Armee organisieren?"

„Jeder Versuch, eine Regierung oder Armee ausserhalb des Vaterlandes zu bilden, wird von uns absolut zurückgewiesen werden. Für eine Emigrantenpolitik gibt es keinen Platz mehr, seitdem wir die Möglichkeit besitzen, uns hier in der Heimat im vaterländischen Sinne zu organisieren, und ich werde für die bekannten Versuche desto weniger Raum geben, je freier und produktiver unsere vaterländische Organisation sich entwickeln kann. Die polnische Regierung wird ihre ganze Autorität aufbieten, um die weitere Irreführung der im Auslande lebenden Brüder zu verhüten. Ich bin gewissermassen berufen, über die Emigrantenpolitik zu reden, war doch die Geschichte der polnischen Emigranten mein Arbeitsgebiet. Die polnische Emigration hat ihre Ruhmestitel und unsterbliche Verdienste, als sie für die Freiheit des Landes kämpfte zur Zeit, als Polen, von Russland geknechtet, mundtot war, doch jetzt hat sich die Zeit geändert, und wir gehen einer besseren Zukunft entgegen. Nur auf dem heimatlichen Boden kann gearbeitet und wird geerntet werden. Freilich, um auf die Gemüter und auf die öffentliche Meinung im Auslande zu wirken, muss schon jetzt für polnische diplomatische Vertretungen im Auslande gesorgt werden."

„Die Russenfreunde behaupten, dass aus Russland demokratische Strömungen herüberfliessen." —

„Lächerlich! Polen braucht nicht von Russland seine Freiheitsbegriffe zu beziehen. Wir hatten einst

die freiesten Institutionen Europas und waren ein freies Volk, als nicht nur der russische Muschik, sondern auch der russische Bojar Leibeigener des Zaren waren. Auch jetzt werden wir in jeder Beziehung ein modernes Volk, freilich in polnischem Geiste. bleiben. In Deutschland, höre ich, hat der Verfassungsentwurf für Polen des Professors Cybichowski Eindruck gemacht. Ueber die Einzelheiten sich auszusprechen, wäre noch verfrüht. Der Verfassungsentwurf muss erst vom Staatsrat angenommen werden, und der neue Staatsrat ist noch nicht gebildet Auf Grund der vom Stäatsrat genehmigten Wahlordnung muss ein Reichstag einberufen werden, und erst dieser wird das letzte Wort über unsere Verfassung sprechen. Aber ich kann schon jetzt sagen, dass dieser Verfassung ein wirklicher Demokratismus zugrunde gelegt werden soll, und zwar das allgemeine, gleiche, direkte, geheime und proportionale Wahlrecht." —

„Und wie stellen Sie sich zur Judenfrage?"

„Mein Standpunkt ist ja bekannt. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass ich, der gegen einen Antisemiten zum Abgeordneten-Kandidaten aufgestellt wurde, des Antisemitismus bezichtigt ward, freilich von den jüdi-Nationalisten. Es kann von mir nicht verlangt werden, dass ich, Gegner jedweden Nationalismus, speziell Anhänger des jüdischen werde. Bei den bekannten Dumawahlen wurden meine Worte vielfach missverstanden, da ich doch unter Zensur stand. Ich betonte, dass alles aufgeboten werde, um den polnischen Charakter des Landes zu bewahren. Auch schon damals betonte ich ebenfalls: Sollten wir die Freiheit, uns zu organisieren, besitzen, so werden wir den liberalsten Ueberlieferungen der Glanzzeit Polens treu bleiben."

„Und kann man schon jetzt etwas Näheres über Ihr künftiges Kabinett wissen.

„Das ist schwer, schon aus dem Grunde, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Das kann aber gesagt werden, dass das Kabinett durchaus

aktivistisch sein wird. Ferner werden seine Mitglieder nicht nur tüchtige Arbeitskräfte, sondern auch Leute von modernem sozialen Empfinden sein. Es handelt sich darum, aus den Trümmern nicht nur unserer Industrie und Landwirtschaft, sondern auch unseres Arbeiterstandes ein neues Leben aufzubauen. In allen diesen Fragen zählen wir auf die Unterstützung der Regierungen der Zentralmächte." —

Ueber die Bildung des ersten polnischen Kabinetts werden in Warschau fortwährend Verhandlungen gepflogen. Der Ministerpräsident dürfte über die Passivisten nicht zur Tagesordnung übergehen u. hat auch mit dem „Zwischen-Parteilichen Verbande" eine Konferenz abgehalten. Ueber diese berichtet das Organ obiger Partei:

Nach der obigen Quelle hat der Ministerpräsident sein Arbeitsprogramm dargelegt und vor allem festgestellt, dass die ganze Lage für das neu entstehende polnische Reich sehr schwierig ist; nur die allgemeine Unterstützung der Regierung durch die Nation wird seinem Programm den Erfolg bringen können.

Der Ministerpräsident hat, nachdem er die Notwendigkeit, sich auf den Akt des 5. November zu stützen, dargelegt, seine weiteren Ausführungen ausschliesslich der Armeefrage gewidmet. Er wiederholte mit Nachdruck, dass die polnische Regierung in schnellster Zeit eine Armee aufstellen müsse, und zwar noch vor der Einberufung des Staatsrates; er sei ein Gegner des Verbleibens dieser Armee im Lande und trete dafür ein, dass diese Armee sofort auf der Ostfront in Verwendung treten müsse, schon aus dem Grunde, um Polen vor den Einflüssen der russischen Sozialrevolution zu schützen.

Auf zahlreiche, in dieser Angelegenheit an ihn gerichteten Anfragen aus den Kreisen der Teilnehmer an der Konferenz gab der Ministerpräsident ausführliche Antwort und teilte unter anderem mit, dass die polnische Armee auf Grund einer Zwangsaushebung von 3

bis 4 Jahrgängen gebildet und aus etwa 100 000 Mann bestehen werde; auch ein Offizierkorps soll gebildet werden und der Oberbefehl wird Sr. Exzellenz dem Herrn General-Gouverneur von Beseler übertragen werden. Die Konferenz hatte den Charakter eines aufrichtigen Meinungsaustausches, aber zu einem befriedigenden Ergebnis hat sie noch nicht geführt.

Soviel die „Gazeta Poranna". Es möge noch in Erinnerung gebracht werden, dass zu dem Zwischenparteilichen Klub folgende Parteibildungen gehören: die Realisten, die National-Demokratie, die Volksvereinigung, die Polnische Fortschrittspartei, der Verband für wirtschaftliche Selbständigkeit (Grossindustrie und Handel), die Christliche Demokratie

Einen anderen Verlauf hatte die Verhandlung mit dem Seniorenkonvent der aktivistischen Parteien. Im Laufe derselben erklärte der Ministerpräsident zunächst, dass er ein entschlossener Aktivist sei und dass er sich im Kreise der Aktivisten wolfühlt. Sein Programm erfasste der Ministerpräsident in folgender Weise: 1.) schnellster und vollständiger Aufbau des polnischen Staates auf der Grundlage der Akte vom 5. November und 12. September: 2.) die beschleunigte Aufstellung einer regulären polnischen Armee auf Grund einer Zwangsaushebung und unter Benutzung der Legionen als Kaders noch vor der Einberufung des Staatsrates: 3.) ein aktives und möglichst einheitliches Kabinett: 4.) die Einberufung des Staatsrates auf solchen Grundlagen, dass eine gemeinsame Zusammenarbeit mit der Regierung möglich erscheint.

Die Führer der Warschauer Aktivisten haben die Erklärungen des Herrn v. Kucharzewski mit Befriedigung entgegengenommen.

Deutsche Literatur über Litauen.

Litauen den Litauern! Welcher humane und anständige Mensch würde nicht freudigst in diesen Ruf einstimmen — ohne Rückhalt, ohne Bedenken. Und am allerwenigsten könnten sich Polen davon ausschliessen, deren staatliche Vergangenheit niemals die geringste Verfolgung der litauischen Nationalität oder nationaler Eigenart und Sprache gekannt hat. Sie müssten ja sich selbst, ihrer glorreichen Geschichte ganz untreu werden, wenn sie Litauen den Litauern missgönnen oder vorenthalten würden. Warum gibt es nun, trotz dieser unbedingten Zustimmung, trotz dieser absoluten Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Litauer, Reibungen zwischen Litauern und Polen, die von Fremden ausgenützt werden, um den Zwiespalt zu vergrössern?

Zwei Momente sind zu berücksichtigen: wie weit soll „Litauen" reichen? und wie ist die bisherige Geschichte Litauens einzuschätzen? In beiden Punkten gehen nämlich die Meinungen völlig auseinander, obwohl es doch nur Eine Wahrheit darüber geben kann

Die Junglitauer benutzen die verschiedenen Bedeutungen des Wortes „Litauen", um dem übrigens sehr begabten Volke eine historische Rolle, Kultur, Geschichte anzudichten, wovon in Wirklichkeit diesem Volke nie etwas geträumt hat, woran es ganz unbeteiligt ist: reussisch-polnische Geschichte, Kultur usw. wird einfach auf das litauische Volk übertragen. Vor mir liegt die erste Nummer einer neuen, in Berlin herausgegebenen Zeitschrift: „Das neue Litauen" (vom 25. Oktober d. J.). Im Geleitwort der Redaktion lesen wir mit Staunen z. B.: Wir (d. h. die Litauer) machten in zwei Aufständen den Versuch, unsere niedergetretenen Rechte wieder zu errichten. . . . Konfiskation des Eigentums, Ausstossung aller litauischen Beamten, Schliessen unserer Universität kennzeichnen den weiteren Leidensweg unseres Volkes." Aber, meine Her-

ren! Das war nur eine polnische Universität, niemals eine litauische, die es nie geben konnte; es war polnisches Eigentum, polnische Beamten und Schulen. Sie verwechseln absichtlich den nur geographischen Namen mit dem volklichen! Es gab eben nur eine polnische Universität in der polnischen Stadt Wilno, die auf einst litauischem, seit Jahrhunderten auf polnisch-weissrussischem Boden in Litauen steht und an der nur der Name, nichts mehr, litauisch ist.

Im Feuilleton beginnt Vidunas (Pseudonym; manche Litauer schreiben unter Pseudonymen auch heute noch, wo sie doch keine russische Verfolgung mehr zu fürchten haben) mit einer „politischen Geschichte Litauens". Dass er von ihr, von der wahren, nicht von der ad hoc erfundenen Geschichte nichts weiss, ist bei ihm selbstverständlich — er hat doch nie irgend eine Quellenschrift eingesehen, kennt nur die dreisten Erfindungen eines Dowkont und ähnlicher „Heroen" der Unwahrheit und beginnt auch mit folgender lustiger Erfindung: „Von Ardvila soll die Burg Naujapilis, heute Nowogrodek, gegründet sein" — als wäre dies eine litauische Stadt, am Niemenufer, allerdings eine Zeit lang Residenz litauischer Fürsten, eines Mendowg, seit dessen Zeit „den Herrschern Litauens die Königswürde eignet". Natürlich ist daran kein Wort wahr — auf schwarzrussischem Boden, der nie irgend etwas mit dem ethnographischen, eigentlichen Litauen gemein hatte, immer nur erst russisch, dann polnisch war, wo Polens grösster Dichter geboren wurde, der, wie andere polnisch-litauische Dichter, z. B. Kondratowicz (Syrokomla), kein Wort litauisch kannte, trotzdem er Gymnasiallehrer in Kowno, dem litauisch-samogitischen Hauptorte war: also hier auf urreussischem Boden gründete Jaroslaw der Weise eine urreussische Zwingburg, Nov Gorodok, die die Litauer jenseits des Njemen im Zaume halten sollte, und niemals hat diese Burg anders als Nov Gorodok geheissen — Nauja pilis ist erst eine Uebersetzung, d. h. Erfindung von Dowkont im 19. Jhdt., gerade so wie die ächte

Königswürde, die sich niemals ein litauischer Herrscher aneignen konnte, mit der sie erst Herr Widunas selbstherrlich ausstattete. Da hat der deutsche Leser ein Pröbchen litauischer Phantasie, die den Namen „politischer Geschichte“ sich aneignet.

Diese neue Zeitschrift ist auch illustriert. Auf der ersten Seite ein Bild des polnischen Wilno, in dem die Litauer ein winziges, eingesprengtes Element sind, nach der deutschen amtl. Angabe gegen 2%, Dienstmädchen vom Lande u. a. bis unlängst ausschliesslich; dementsprechend ist auf der dritten Seite ein grosses Facsimile einer polnischen Zeitung mit dem polnischen Texte des Telegramms von Ribot an Paderewski. Ein polnisches Stadtbild und ein polnischer Text — das ist die Gesamtausstattung „Neulitauens“, und das entspricht der Wahrheit vollständig. Noch heute schreibt der Litauer meist litauisch nur das nieder, was er polnisch gedacht hat. Das ist die Wahrheit über Litauen.

Auf gleicher Höhe wie „Das neue Litauen“ steht das Büchlein von Dr. W. Gaigalat; „Litauen, das besetzte Gebiet, sein Volk und dessen geistige Strömungen“ (Frankfurt a. M. 1917, 179 S.). Der Verfasser ist ein protestantischer Preusse, einer von den 110 000, die Litauisch zufällig nicht vergessen haben; ihm ist wie diesen litauischen Preussen nach eigenem Eingeständnis jedes litauische Nationalgefühl fremd; er ist also ein eisgekühlter Neulitauer, während die ächten Litauer siedend kochen; beiden ist eines, der Polenhass, gemeinsam. Seine ganze Kenntnis von Litauens Geschichte schöpft Gaigalat aus Zeitungsartikeln und gleichwertigen Broschüren; eine Polemik mit ihm wäre zwecklos, da er Geschichte und ihre Zeugnisse nicht zu würdigen weiss. Die Illustrationen zu seinem Buche hat er meist einem Buche von Widunas (über das ich in den „Poln. Bl.“ seinerzeit berichtete) entlehnt — die litauische Kunst reicht nicht viel weiter. In 17, meist kurzen Abschnitten werden die bekannten Märchen über Litauens Kultur, Geschichte, Polonisierung usw.

wiederholt. Da dem Verfasser das einfachste historische Wissen völlig abgeht, will ich ihm an einer historischen Parallele und an zwei Erinnerungen den Tatbestand über Litauens Vergangenheit, Kultur, Polonisierung klar machen, um damit alle seinen Märchengebilde zu zerstören.

Rumänien bildet sachlich und zeitlich eine schlagende Paralelle zu Litauen, wenigstens was Kultur in der Vergangenheit betrifft. Wie seinerzeit Litauen das Reussisch-Kirchenslavische, nahmen gleichzeitig die kulturlosen Rumänen das Bulgarisch-Kirchenslavische als Ausdruck jeglicher Gesittung in Kirche, Amt, Literatur an; ein Rumäne schrieb, amtierte nur kirchenslavisch und seine eigene Sprache wimmelt daher, genau wie die litauische, von tausenden Slavismen, die die heutige rumänische Sprache ausmerzt, lateinische dafür einsetzt, genau wie das heutige hochlitauische die alten Slavismen durch lettische oder ad hoc erfundene Wörter, die weder der litauische Bauer noch der preussische Litauer versteht, ausmerzt. Aber die Rumänen waren in dem grossen Vorteil vor Litauen, dass sie ungleich zahlreicher waren und dass sie sich auf ihr eigenes Land beschränkten, während die Litauer, nur die völlige westrussische Zersplitterung einst kühn ausnutzend, ein grösseres weissrussisch-litauisches Reich schufen, in dem alles, Schrift, Amt, Recht usw. weissrussisch war. Daher konnten sich die Rumänen früher und vollständiger aufraffen und sich in ihrem eigenen Lande eigenes Amt, Kultur, Literatur, Wissenschaft, Kunst, schaffen.

Nach dieser Paralelle mit Rumänen, die sich vernünftigerweise nie beklagt haben, dass man sie einstmals mit Gewalt slavisiert hätte (anders war es eben unmöglich; das ganz kulturlose Volk lehnte sich an fremde Kultur von selbst an und streifte sie ab, als es selbst mündiger wurde), folgen noch zwei Erinnerungen. Die Polen sollen während der Dauer des litauisch-polnischen Staates, d. i. vor 1795, die Litauer polonisiert haben

Das ist pure Erfindung. Die Litauer haben, sowie sie sich über die niedrigste Bauernsphäre erhoben, erst zur weissrussischen, dann zur polnischen Kultur sich gedrängt, weil es keine Spur irgend einer litauischen Kultur gab. Und die litauischen Bauern haben, wo sie sich mit Weissrussen näher berührten, das Weissrussische aufgenommen, von ihrem Litauisch sich losgesagt — hätte sie jemand polonisiert, so wären sie doch Polen geworden — aber niemand in Polen träumte davon; sie sind freiwillig Weissruthenen geworden und haben sich nur dort als Litauer erhalten, wo sie massenweise zusammensassen, z. B. in Semariten. Es gab wohl einen „litauischen“ Staat, nur war er weissrussisch; die echten Litauer waren darin nur wie der ursprüngliche Kern einer Lawine, die unaufhaltsam wächst; sie wuchsen nur aus Russen heraus und in Russen hinein und das litauische Kernland hatte an Umfang gegen das nur durch die Gunst der Verhältnisse und mit russischer Hilfe angegliederte Russland wenig, das Volkstum rein gar nichts zu bedeuten. Ausser dem ersten Jagellonen konnte kein einziger Jagellone litauisch, alle aber weissrussisch; mit dem od Witowt's 1430 verklang die letzte Spur irgend eines echt litauischen Strebens, wurde es zuerst durch russisches, dann durch polnisches Wesen ersetzt. Es war ausschliesslich litauische Schuld, dass sich unter den Söhnen des Landes keiner bis tief in das 16. Jahrhundert hinaus für eine Hebung seines Volkes einsetzte, dass erst Reformation und Gegenreformation wenigstens auf religiösem Gebiet irgend etwas dazu taten und erst der im 19. Jahrhundert erwachende Nationalismus mehr leistete. Nur die Litauer sind an ihrer Zurückgebliebenheit schuld; die Polen haben dazu nichts beigetragen, litauische Fürsten und Adel sind ja zuerst weissrussisch und erst viel später mit dem übrigen dortigen Russenadel auch polnisch geworden.

A. Brückner.

(Schluss folgt.)

Pressestimmen.

Zur polnisch-litauischen Frage ergreift in der nationalliberalen „Börsen-Zeitung“ das Wort der bekannte Publizist, Dr. Richard Bahr, in interessanten Ausführungen, die wir mit einigen Kürzungen wiedergeben: „In einer jener BerlinerTischgesellschaften, die sich seit Kriegsbeginn allwöchentlich zur Erörterung politischer Fragen zusammenfinden, ist vor 8 Tagen das Wort vom „neuen Balkan“ gefallen. Herr Friedrich von der Ropp, der vor einem Jahre von Lausanne bis Warschau für ein freies Polen kämpfte und sich jetzt für einen Litauer hält — er ist, wenn ich nicht irre, in Dresden geboren, auf dem Vitztumschen Gymnasium und in der Freiberger Bergakademie vorgebildet, die Familie stammt aus Balticum — war an diesem Diskussionsabend im Geleit einiger litauischer Herren, Mitglieder des neuen Nationalrats, erschienen. Man wollte die Probleme des nahen Ostens besprechen. Die Litauer trugen ihre Gravamina vor, ein ukrainischer Reichsratsabgeordneter zog voll starken und an sich verständlichen Zorns gegen die Polen zu Felde. Herr Wilhelm Feldmann nahm den Handschuh auf und aus dem Hin- und Herwegen der Meinungen, der kalten Feindseligkeit, die dabei aufblitzte, packte die anwesenden Reichsdeutschen das Grauen. Die waren wieder einmal unliebsam aus holder Ahnungslosigkeit aufgescheucht. Die Büchse der Pandora tat sich vor ihren entsetzten Augen auf. Diese slavischen Volksstämme in den russischen Vorlanden waren ja weit davon entfernt, sich wie die Kindlein untereinander zu lieben. Sie hassten Russland, hassten aber noch viel ingrimmiger einer den anderen: (Von den Polen kann das nicht behauptet werden. D. Red.) der neue Balkan. Schnell den Deckel auf die unheilschwangere Büchse und sie mit höflichen Dank den Russen wieder zurückgestellt.

Das sind begreifliche Regungen des natürlichen Menschen, der von einer unwillkommenen Entdeckung überrascht wird und keine Zeit findet, sich zuerst einmal die Dinge zurechtzulegen und das Problem bis zu Ende zu durchdenken. Herr Georg Bernhard aber macht daraus einen Montagsartikel. Ich bin zwar überzeugt, dass Herr Bernhard keinen litauischen Laut von einem lettischen, keinen russischen von einem polnischem zu unterscheiden vermag, aber mit der Miene des Polyhistors, der aus allen Bronnen zu schöpfen weiss, empfiehlt er uns, die ukrainische, polnische und finnische Presse zulesen. Wir würden dann erkennen, dass „zwischen Litauern und Weissruthenen, zwischen Letten und Balten, Esten und Balten, Letten und Polen der Kampf gewaltig hin- und hertobe“. Und dass es sich um deswillen nicht lohne, mit den jungen, untereinander hadernden Völkerschaften staatsrechtliche Beziehungen anzuknüpfen. Diese östlichen „Balkanländer“ würden für jedes Reich eine Grenzschwächung bedeuten. Also täte man gut, sie den Russen zu überlassen. Denselben Russen, denen Herr Bernhard ansonsten ihre Grossmachtstellung zu erhalten und zu dem Ende mit deutschem Kapital auszurüsten rät.

Wer sich mit den Stömungen und Richtungen, den Neigungen und Abneigungen und dem Ideengehalt der slavischen Welt, die unser Schicksal ist, einigermassen vertraut machte — denn seit länger als einem Jahrtausend leben Slawen und Deutsche in unfrohem Gemengelage und nicht eher werden sie zur Ruhe kommen, als bis auch hier von Reval bis nach Laibach und Esseg eine Art nationaler Flurbereinigung vorgenommen ward —, dem wurden die Nerven durch solche Bekenntnisse zwar nicht weiter erschüttert. Das gar nicht einmal so üble Schlagwort vom neuen Balkan konnte zudem auch er akzeptieren. In der Tat: was sich jetzt in der Fremdvölkerzone des ehemaligen Zarenreiches (und vielleicht nicht einmal dort allein) zu vollziehen beginnt, ist derselbe Vorgang, den wir aus der Balkangeschichte der letzten hundert Jahre kennen. Es ist die Bewegung zum Nationalstaat, die die „Rahjahvölker" in dem Augenblick erfasst, wie sie sich ihres eigenen Volkstums erfasst werden und spüren, dass der Oberstaat nicht mehr die Kraft hat, sie zu zwingen und auch die Widerwilligen mit strenger Faust niederzuhalten. Gegen diesen geschichtlichen Prozess, der zu einem gegebenen Moment mit Naturnotwendigkeit einsetzt, ist überhaupt kein Kraut gewachsen. Wer besonne wohl im Ernst, dem Balkan die ewige Ruhe zu bescheren, indem er Serbien und Bulgarien und die Moldau und die Walachei dazu wieder der Herrschaft des Padit schah überwiese? Nicht anders steht es, nachdem die Dinge einmal soweit gediehen sind, mit dem nahen, dem uns nächsten Osten. Das Uebel würde so nicht aus der Welt gebracht, Hass und Erbitterung nur um so tiefer fressen und nationale Leidenschaft den Deckel der Pandorakiste doch sprengen.

Ist es unter solchen Umständen einer klug geführten deutschen Politik wirklich so unwert, die Gelegenheit des grossen Weltbebens zu benutzen, ein wenig Vorsehung zu spielen und diese östlichen Verhältnisse, an denen wir als Grenznachbarn dauernd interessiert bleiben, ordnen zu helfen? Ob das Werk der Sanierung, diese nationale Flurbereinigung, wie ich sie genannt habe, gelingt, wage ich nicht zu entscheiden. Lohnend und lockend erscheint der Versuch auf alle Fälle. Er braucht sich zudem nur auf die von slavischen Stämmen besiedelten Gebiete der Fremdvölkerzone zu beschränken. Denn was nordwärts von Litauen liegt, ist kein Balkan, auch kein östlicher. In Finnland haben Finnen und Schweden längst sich geeinigt; sie haben nur noch einen, beide gemeinsam denselben Feind, den Grossrussen mit dem sie auch das letzte lockere Band zu lösen wünschen. Und wie es im Baltikum steht, habe ich an dieser Stelle schon vor acht Tagen auseinander zu setzen versucht: die Deutschbalten sind fest entschlossen, mit ihren lettischen und estnischen Heimatsgenossen nicht zu hadern. Sie alle eint bis auf ein Häuflein russischer Parteigänger, von dem der Grossteil das Land mit der weichenden russischen Soldateska verlasssen haben dürfte, der gleiche heisse Drang, nicht in das brodelnde Chaos jenseits der Peipuslienie hinabgezerrt zu werden.

NOTIZEN

Politisches.

Telegrammwechsel zwischen dem polnischen Ministerpräsidenten und dem Grafen Hertling. Der polnische Ministerpräsident v. Kucharzewski hat anlässlich seines Amtsantritts an den deutschen Reichskanzler Grafen Hertling und den östereichisch-ungarischen Minister des Aeusseren Grafen Czernin folgendes Telegramm gerichtet:

Warschau, 27. November.

Eurer Exzellenz beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, dass ich das Amt des Ministerpräsidenten des Königreichs Polen heute angetreten habe. Unter den gegenwärtigen kriegerischen und politischen Verhältnissen ist dieses Amt ein besonders schwieriges und verantwortungsvolles. Um so mehr rechne ich auf Eurer Exzellenz tatkräftige Unterstützung bei meinem Bestreben, den Wiederaufbau des polnischen Staates auf der Grundlage der von den erhabenen verbündeten Kaisern am 5. November 1916 und am 12. September 1917 verkündeten Grundsätze zu fördern.

Ministerpräsident Kucharzewski.

Auf dieses Telegramm hat der deutsche Reichskanzler Graf Hertling wie folgt geantwortet:

Berlin, 29 November.

Eurer Exzellenz beehre ich mich, für die sehr gefällige Mitteilung der Uebernahme des Amtes des Ministerpräsidenten des Königreichs Polen den verbindlichsten Dank auszusprechen Eure Exzellenz können darauf vertrauen, dass ich es mir angelegen sein lassen werde, Sie in Ihrem Bestreben, das Gedeihen des polnischen Staates auf Grundlage der von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, meinem allerhöchsten Herrn, und Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, Apostolischen König von Ungarn, am 5. November 1916 und am 12. September 1917 verkündeten Grundsätze zu fördern, nach jeder Richtung hin zu unterstützen. Es würde mich besonders freuen, Eure Exzellenz demnächst hier zu begrüssen und die wichtigen und grossen Obliegenheiten Ihres Amtes mündlich mit Eurer Exzellenz besprechen zu können.

Graf Hertling.

In dem gleichen Sinne hat der österreichisch-ungarische Minister des Aeussern Graf Czernin auf das Begrüssungstelegramm des polnischen Ministerpräsidenten geantwortet.

Eine Abordnung der polnischen-Aktivisten in Berlin. Einem seit langem empfundenen Bedürfnis entsprechend, entsandten die Warschauer Aktivistischen Parteien ihre Delegierten nach Berlin u. Wien, um

hierfreundschaftlich-politische Beziehungen anzuknüpfen. Im letzten Augenblick waren Hindernisse autgetaucht und nicht sämtliche Delegierten konnten die Reise antreten; in Berlin erschienen die Herren: Dekan der juristischen Fakultät der Universität Warschau, langjähriger Vertreter der Stadt Kalisch in der russischen Reichsduma, Alfons Parczewski u. Graf Adam Ronikier, als Vertreter des nationalen Zeutrums Ratsherr Gustav Simon im Namen der Liga für polnische Staatlichkeit, Rechtsanwalt Zbrowski, Obmann der Nationalen Partei. Die Herren hatten Gelegenheit mit mehreren deutschen Führern und Leitern der öffentlichen Meinung in Verbindung zu treten. Die Deutsch-Polnische Gesellschaft gab zu Ehren der Warschauer Gäste ein Fetessen, an dem gegen 80 Personen teilnahmen; die Begrüssungsrede des Vorsitzenden, Exellenz von Rechenberg, M. d. R., ferner die Rede des D. Friedrich Naumann M. d. R., und des Professors Dr. L. Stein machten grossen Eindruck; die polnischen Herren antworteten in überaus herzlicher Weise.

Wit den besten Eindrücken verliessen die Warschauer Dele: gierten Berlin, um von hier nach Wien zu reisen und auch dort parlementarische Beziehungen anzuknüpfen.

Eine Deutsch-Litaulsche Gesellschaft.- Dieser Tage wurde in Berlin — wie das Berl. Tagebl. meldet — eine Deutsch-Litauische Gesellschaft begründet. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Abgeordneten Erzberger, Abgeordneter Dr. Gaigalt und Prof Dr. Alfred Weber. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus den Herren Abgeordneten Erzberger, Abgeordneter Pfarrer Dr. Gaigalat Abgeordneten Dr. Ludwig Haas, Abgeordneten Leicht, Dr. Paul Nathan Abgeordneten R. Müller, Abgeordneten G. Noske, Baron Ropp, Geheimrat Sehring, Abgeordneten Trimborn, Professor Alfred Weber und Professor Dr. Wirth. Vorstand und Verwaltungsrat sollen noch ergänzt werden.

Wir wünschen der neuen Gesellschaft gedeihliche positive Arbeit. Wir sind überzeugt, dass bei eingehendem Studium die Gesellschaft die Ueberzeugung gewinnen wird, dass zwischen Polen und Litauen keine unüberbrückbaren Gegensätze bestehen, im Gegenteil, dass ihre Interessen sich gegenseitig ergänzen und dass eine Verständigung zwischen beiden Nationen sowohl für diese wie auch für Deutschland erforderlich wäre.

Polnische Telegramme nach Polen. Infolge der energischen Bemühungen des Herrn Ministers für Galizien Dr. Twardowski hat das Handelsministerium in Wien im Einvernehmen mit den betreffenden militärischen Stellen die polnische Sprache als Verkehrssprache für den telegraphischen Verkehr in dem unter der österreichisch-ungarischen Verwaltung sich befindenden Teil des Königreichs Polen anerkannt.

angenommen wurde: „Der Deutsche Ostmarkenverein sendet den tapferen Kämpfern und ihren Führern, die den teuren Boden der Ostmark vom Feinde befreit und vor ihm beschirmt haben, und die gerade jetzt immer neue Teile der alten Nordostmarken des Reiches der Fremdherrschaft entreissen, seinen heissesten Dank. In festem Vertrauen auf den vollen Sieg erwartet er einen Friedensschluss, der den unvergleichlichen Waffentaten und ungeheuren Opfern unseres Volkes entspricht, die Zukunft unseres Vaterlandes sichert und unseren Grenzen, namentlich dem schwer geprüften Ostpreussen, militärisch und politisch erhöhten Schutz verleiht. Diesen Zielen wird, wie der Deutsche Ostmarkenverein bereits in wiederholten Erklärungen kundgegeben hat, durch den Aufbau eines unabhängigen polnischen Königreiches nicht gedient; im Gegenteil wird Deutschlands Zukunft auf diese Weise schwer belastet und unser Vaterland dauernder Kriegsgefahr ausgesetzt. Die Befürchtungen, mit denen wir die Proklamationen vom 5. November 1916 begleitet haben, sind durch die Ereignisse gerechtfertigt worden. Trotzdem ist die Reichsregierung, obwohl die Polen es ausdrücklich abgelehnt haben, im Kampfe gegen Russland an unserer Seite Stellung zu nehmen, vor ihren masslosen Forderungen immer wieder — zuletzt durch das Patent vom 12. September — zurückgewichen. Wenn aber in dem vergeblichen Bemühen, die Zuneigung der Polen für Deutschland zu erkaufen, sogar das Deutschtum in den treubewährten ostmärkischen Provinzen in Frage gestellt wird, so müssen wir dagegen besonders ernste Verwahrung einlegen. Der Deutsche Ostmarkenverein weist auf die schweren Sorgen und die wachsende Erbitterung hin, die die weitesten Kreise der deutschen Bevölkerung der Ostmarken ergriffen hat. Mit aller Entschiedenheit verlangt er, dass an den fürsorglich aufgebauten Schutzmauern gegen die Uebergriffe des Polentums nicht gerüttelt, jede Aenderung unserer ostmärkischen Gesetzgebung bis nach dem Kriege vertagt wird und dass die Reichs- und Staatsregierung das stärker als je bedrohte deutsche Volkstum im Osten nach wie vor schützt und fördert."

Wirtschaftliches.

Die Behandlung der polnischen Arbeiter. - Auf einer Konferenz, an der Reichstagabgeordnete und Regierungsmitglieder der verschiedenen Ressorts teilnahmen, wurden laut Meldung des Vorwärts eine Reihe von Zusagen gegeben, die schon auf dem Würzburger Parteitag erwähnt waren. Ihr Wortlaut ist folgender:

1. Befehl des Herrn Kriegsministers an die stellvertretenden Generalkommandos zur unbedingten Durchführung der vom Kriegsamt bereits aufgestellten Grundsätze über die Behandlung der polnischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft. Verfügungen

Fürst Lichnowsky und die Früchte der Diplomatie aus der Bülowschen Schule. Vor einigen Monaten hat der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, im „Berliner Tageblatt“ einen Aufsatz veröffentlicht, der sich im wesentlichen gegen die von den Mittelmächten angestrebte Lösung der Polenfrage wandte und für die Rückgabe Polens an Russland eintrat. Wir sind heute in der Lage, eine Frucht des Aufsatzes des Diplomaten Fürsten Lichnowsky verzeichnen zu können.

Die „Deutsche Zeitung“, also eine Quelle, deren deutsch-völkischer Standpunkt uber jeden Zweifel erhaben sein muss, veröffentlicht in Nr. 584, Seite 5, vom 18. November ds. Js. einen Aufsatz „Eindrücke eines soeben aus der russischen Gefangenschaft Entronnenen“. Dem Gewährsmann der „Deutschen Zeitung“, einem Berliner Ingenieur, der seit Kriegsbeginn in russischer Gefangenschaft war, gelang es, jetzt mit polnischer Hilfe aus der Gefangenschaft zu fliehen und er erzählt sehr interessante Einzelheiten aus seiner Leidenszeit. Unter anderem lesen wir:

„Ob die Zusage der deutschen Regierung, Polen zu einem selbständigen Staate zu machen, klug war, ist unter anderen Gesichtspunkten eine Frage für sich. Dass jedoch seither die Polen im Rücken der russischen Armee deutsch gesinnt sind, unterliegt gar keinem Zweifel. Sie tun, was sie können, um uns zu nützen. Und, merkwürdigerweise, die Russen scheuen die Polen! Ich war dabei, wie ein angetrunkener Oberst, ein Pole, in voller russischer Uniform in Petersburg in einem der besten Restaurants mit geballter Faust ins Lokal brüllte: „Wagt es nur, es zu machen wie in Kalusz, wenn Ihr wieder einmal zurückgeht, — steckt nur die Häuser an und sengt und mordet und plündert, verdammtes Gesindel! Diesmal schiessen wir, wir mit der rotweissen Binde —, aber nicht etwa auf die Deutschen, sondern auf Euch!“ Und das Publikum liess sich das ruhig gefallen. Kein Mensch sagte ein Wort. Uebrigens: wissen sie etwas über einen Artikel des Fürsten Lichnowsky im „Berliner Tageblatt“? Er hat in Russland ungeheures Aufsehen gemacht und namentlich sind die Polen verdammt stutzig geworden. Um ein Haar wäre z. B. als Folge davon unsere ganze Flucht gescheitert. In dem Artikel soll gesagt worden sein, es wäre am besten, wenn Deutschland Polen an Russland wieder herausgäbe. Man hat die Aeusserung auf die deutsche Regierung zurückgeführt.“

Die Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ ist in ihrer ungekünstelten Anschaulichkeit so beredt, das wir uns jeden Kommentars enthalten können.

Eine Gesamtausschusssitzung des deutschen Ostmarkenvereins fand im „Künstlerhause“ in Berlin statt, in der folgende Entschliessung

der beteiligten Zivilressorts im gleichen Sinne an die ihnen unterstellten Behörden.

2. Zur Kontrolle und Ergänzung sind folgende Bestimmungen in Aussicht genommen:

a) Urlaubsbewilligung an jeden polnischen Arbeiter grundsätzlich eimal im Jahr.

Einführung einer Beschwerdeinstanz bei Ablehnung von Urlaubsanträgen.

b) Schaffung von polnischen Fürsorgestellen bei den Stellvertretenden Generalkommandos.

c) Einrichtung von Reise-Kontrollkommissionen unter Heranziehung polnischer Vertrauensleute durch das Kriegsamt.

d) Erweiterung der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse bei Anträgen auf Wechsel der Arbeitsstellen

Einführung einer Beschwerde-Instanz bei Ablehnung von Anträgen dieser Art.

e) Erleichterung des Kirchenbesuchs sowie aller für die tägliche Beibehaltung notwendigen Gänge durch Genehmigung für die ganze Dauer des laufenden Jahres.

Auf Anfrage wurde erklärt, dass überall, wo von polnischen Dingen die Rede ist, sinngemäss auch die betreffenden jüdischen Verhältnisse berücksichtigt werden sollen.

Um den deutschen Grundbesitz. Mit dem Sitz in Warschau wurde für das Gebiet des Genereralgouvernements Warschau eine Fürsorgestelle für den deutschen Grundbesitz errichtet, mit der Aufgabe, den Grundbesitz soweit er von den deutschen Besitzern verlassen worden ist, oder soweit die deutschen Besitzer an seiner Bewirtschaftung verhindert sind in Besitz zu nehmen, alle Rechte des Eigentums zu erfüllen. Die Fürsorgestelle hat die Aufgabe, Grundbesitz zwecks Förderung der Interessen deutscher Eigentümer zu erwerben, zu veräussern, oder die Veräusserung zu ermitteln. Nach der „Warschauer Zeitung" wurde Geh. Regierungsrat W e i s s ä r m e l zum Leiter der Fürsorgestelle ernannt. Sein Stellvertreter wurde Regierungsassessor v. Trotha, bei dessen Verhinderung Regierungsassessor v. Mohl.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Załachowski, Charlottenburg.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42